

**Einbringung des Haushaltsentwurfs
in den Rat der Stadt Ahlen
am 26. März 2026**

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Bei meinem Amtsantritt habe ich Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt „reinen Wein“ versprochen. Einen ungefilterten und ungeschönten Blick auf die finanzielle Situation der Stadt Ahlen. Und es nützt nichts drumherum zu reden. Die finanzielle Situation der Stadt ist mehr als nur angespannt, sie ist dramatisch. Wären wir eine Privatperson, wir wären de facto insolvent. Diese Deutlichkeit darf, möchte und kann ich Ihnen nicht ersparen.

Der Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute vorlege, ist reiner Wein. Er verzichtet bewusst auf jede Form der Beschönigung. Er ist das Ergebnis einer nüchternen Abwägung zwischen dem Notwendigen und dem Möglichen.

Wenn ich über unseren Haushalt spreche, dann spreche ich nicht über Zahlenkolonnen, sondern über die Frage, welche Handlungsspielräume unsere Stadt heute hat und in Zukunft haben soll.

Es ist die Zeit des sprichwörtlich „reinen Weines“, der eingeschenkt werden will. Was ich Ihnen im Folgenden zu sagen habe, ist nicht schön, doch es entspricht umso mehr der Wirklichkeit.

Es ist eine Liste an schmerzvollen Zumutungen und validierten Fakten. Ich werde nichts schönreden und Sie mit der Realität konfrontieren, die die meisten von Ihnen ohnehin erahnen. Es ist die offensichtliche Wirklichkeit, derer wir nicht verlustig gehen dürfen. Es sind die Tatsachen, vor denen es keine seriöse Möglichkeit zur Flucht gibt.

Dabei müssen wir den Blick auch über unsere eigene Kommune hinaus richten, denn unsere finanzielle Lage steht beispielhaft für die Situation vieler Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, eigentlich in ganz Deutschland.

Die kommunalen Finanzen im Land stehen seit Jahren unter erheblichem Druck. Nach dem aktuellen Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung weisen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusammen ein Finanzierungsdefizit von rund sieben Milliarden Euro auf.

Gleichzeitig zeigen Haushaltsumfragen der kommunalen Spitzenverbände, dass ein Großteil der Städte und Gemeinden ihre zukünftige Finanzlage als kritisch bewertet. Immer weniger Kommunen können ihre Haushalte dauerhaft aus eigener Kraft ausgleichen. Sie wissen das.

Auch die Verschuldung der kommunalen Ebene steigt weiter an. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Information und Technik Nordrhein-Westfalen belief sich die Gesamtverschuldung der nordrhein-westfälischen Kommunen im Jahr 2024 auf rund 70,5 Milliarden Euro.

Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 3.900 Euro je Einwohner. Besonders problematisch ist dabei, dass ein Teil dieser Schulden aus sogenannten Liquiditäts- oder Kassenkrediten besteht, die ursprünglich nur zur kurzfristigen Überbrückung gedacht waren, in vielen Städten aber längst strukturelle Haushaltsprobleme abbilden.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig. Ein zentraler Faktor ist das starke Wachstum der Sozialausgaben. Leistungen für die Grundsicherung, die Kosten der Unterkunft, die Jugendhilfe oder auch Integrationsleistungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Diese Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben, und die Kommunen haben darauf nur begrenzten Einfluss.

Das lässt sich mit Zahlen belegen: 2001 hat das Jugendamt noch 203 Hilfen zur Erziehung gesteuert. 2025 konnten wir zwar erstmals seit 2014 wieder einen Rückgang der laufenden Hilfen verbuchen, aber die Gesamtzahl liegt inzwischen bei 602. Ursächlich sind zum Teil auch hier gesetzliche Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit.

Hinzu kommt, dass Bund und Länder den Kommunen regelmäßig neue Aufgaben übertragen – etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei Ganztagsangeboten an Schulen oder bei Integrationsaufgaben. Diese Aufgaben sind wichtig und richtig.

Doch aus Sicht der Kommunen bleibt häufig die Frage offen, ob die Finanzierung dieser Aufgaben dauerhaft ausreichend gesichert ist. Deshalb fordern die kommunalen Spitzenverbände seit Jahren eine konsequentere Umsetzung des Grundsatzes: Wer bestellt, bezahlt.

Ein weiteres strukturelles Problem liegt in der begrenzten Einnahmebasis der Kommunen. Unsere wichtigsten Einnahmen stammen aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer sowie aus Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Soweit diese nicht ausreichen, soll die Schlüsselzuweisung den Ausgleich der Lebensverhältnisse sicherstellen. Besonders die Gewerbesteuer ist stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig und kann daher erheblichen Schwankungen unterliegen.

Gleichzeitig haben Kommunen nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Einnahmen eigenständig zu erhöhen.

Innerhalb Nordrhein-Westfalens zeigen sich zudem deutliche Unterschiede. Städte in ehemaligen Industrieregionen – insbesondere am Rand des Ruhrgebiets – sind häufig stärker belastet, weil sie gleichzeitig eine hohe Soziallast und eine geringere Steuerkraft aufweisen. Andere Regionen verfügen dagegen über deutlich stabilere Haushaltsstrukturen. Wie sieht es in Ahlen aus? Wir haben eine Arbeitslosenquote die über dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt, wir haben mehr Kinder im SGB II Leistungsbezug und – eine Zahl die mir die sozialen Herausforderungen in unserer Stadt besonders deutlich macht: Kinder aus Familien mit Sozialleistungen haben Anspruch auf so genannte Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Deutschlandweit haben rund 25% der Kinder Anspruch auf diese Mittel. In Ahlen sogar rund 36%.

Die Folgen von Kinderarmut, die sich hier zeigt, sind durch Studien belegt: Weniger Bildungschancen, eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, schlechtere gesundheitliche Lage und höhere familiäre Belastung. All dies spiegelt sich letztlich in den Zahlen der Jugendhilfe. Und das nicht nur in Ahlen.

Meine Damen und Herren, soziale Teilhabe – besonders von Kindern - und finanzielle Solidität dürfen niemals gegeneinander ausgespielt werden. Beides muss sich in einer sozialen Marktwirtschaft die Waage halten. Was fehlt? Die gemeinsame Verantwortungsübernahme über alle politischen Ebenen. Ich schließe mich ausdrücklich der Forderung an des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an, dass sich Bund, Länder und Kommunen zukünftig zu je einem Drittel an den Kosten der Jugendhilfe beteiligen. Ansonsten bleibt es beim Prinzip, dass den Letzten die Hunde beißen und die Kommunalen Haushalte kollabieren.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat auf diese Situation reagiert und eine teilweise Übernahme kommunaler Altschulden vorgenommen. Diese Maßnahme kann hochverschuldeten Städten helfen und ihnen wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum verschaffen. Gleichzeitig sind sich viele Fachleute einig, dass eine solche Entlastung zwar wichtig ist, aber die strukturellen Herausforderungen der kommunalen Finanzarchitektur nicht vollständig löst.

Und an dieser Stelle will ich deutlich sagen: Für unsere Konsolidierungspolitik der letzten zehn Jahre sind wir leider bitter abgestraft worden.

Der Fleißige ist der Dumme, könnte man meinen angesichts des Altschuldenprogramms des Landes. Hätten wir die Aufgabe aufgeschoben, unsere Kassenkredite um 40 Millionen Euro auf null zu fahren, würde nun auch Ahlen zumindest eine lauwarme finanzielle Dusche genießen. Das ist eine Schieflage, die man zumindest benennen muss.

Hinzutritt die bekannte strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Bekanntlich verantworten die Kommunen rund 25% der staatlichen Aufgaben, erhalten dafür aber nur rund 14% des gesamten Steueraufkommens. Das kann nicht lange gut gehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf Belastungen hinweisen, die wir als Kommune nicht beeinflussen können, die aber erhebliche finanzielle Auswirkungen haben. Dazu zählen insbesondere gesetzlich verankerte Rechtsansprüche im Bereich der Jugendhilfe. Ein aktuelles Beispiel ist der Rechtsanspruch auf OGS-Betreuung ab dem ersten Schuljahr, der ab Sommer 2026 greift – ohne dass eine auskömmliche Kompensation der dauerhaft entstehenden Mehrkosten vorgesehen ist. Diese Entscheidung mag fachlich begründet sein. In der Summe aber engt sie unsere Handlungsspielräume weiter ein.

Da die sprichwörtlichen Goldesel aber weder in Berlin noch in Düsseldorf gesichtet wurden, müssen wir uns endlich mutig der Frage stellen: Was kann der Staat noch leisten? Welche Aufgaben lassen wir zukünftig weg? Nach den Landtagswahlen ist das viel zitierte window of opportunity geöffnet. Die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger erwarten jetzt Ergebnisse! Zu allermindest erwarte ich von Bund und Land eine klare Aussage, dass den Kommunen keine weiteren Aufgaben übertragen werden.

Ansonsten müssen folgende Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden, wenn nicht am Ende des Tages wirklich alle Kommunen in die Haushaltssicherung gehen sollen, was massive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen und letztlich für unsere Demokratie hätte. Wir alle wissen wer von staatlichem Missmanagement profitiert.

Erstens muss der kommunale Anteil an den Steuereinnahmen des Landes erhöht werden, um unsere Haushalte langfristig zu stabilisieren und unsere Handlungsfähigkeit zu sichern. Zweitens ist es zwingend erforderlich, dass der Bund stärker bei den Sozialausgaben beteiligt wird, damit wir als Kommune nicht dauerhaft die Hauptlast tragen.

Drittens fordert der Städte- und Gemeindebund die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips: Jede neue Aufgabe, die Bund oder Land den Kommunen übertragen, muss vollständig finanziert sein.

Viertens sollten hochverschuldete Städte durch Entschuldungsprogramme und Investitionshilfen unterstützt werden, damit wir wieder handlungsfähig werden und notwendige Zukunftsinvestitionen in Schulen, Infrastruktur und Klimaschutz leisten können.

Und wenn ich das an dieser Stelle ergänzen darf: Das Land muss sich die Frage gefallen lassen, ob seine immer wieder betonte Kommunalfreundlichkeit nicht noch deutlich verbessert werden kann. Ein aktuelles Beispiel zeigt die bestehende Problematik sehr deutlich.

Bislang ist offen – und daher im Haushalt auch nicht berücksichtigt – , ob und wann die Mittel aus dem Infrastrukturpaket des Bundes tatsächlich bei uns wirksam werden können.

Für Ahlen sind immerhin 24,2 Millionen Euro vorgesehen. Was jedoch weiterhin fehlt, ist die notwendige Klarheit in Form eines entsprechenden Erlasses, der regelt, wofür diese Mittel konkret eingesetzt werden dürfen.

Mein Ziel ist dabei eindeutig: Wir sollten die Mittel so verwenden, dass sie möglichst schnell und spürbar zur Entlastung unseres Haushalts beitragen. Das bedeutet insbesondere, sie – soweit rechtlich möglich – konsumtiv oder für kurzlebige Anlagegüter einzusetzen, um zeitnah finanzielle Wirkung zu erzielen.

Denn eines ist klar, und so könnte die fünfte Forderung lauten: Förderzusagen allein helfen uns nicht weiter. Entscheidend ist, dass die Mittel auch rechtssicher, zielgerichtet und vor allem zeitnah eingesetzt werden können.

Wie dem auch sei. Ich stehe fest hinter den Forderungen unseres Spitzenverbandes, weil sie die einzige realistische Grundlage bilden, um die kommunalen Finanzen auf Dauer zu sanieren und unsere Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig zu gestalten.

Wir sollten sie uns geschlossen gemein machen und an Land und Bund appellieren, diese Maßnahmen konsequent umzusetzen und den Kommunen die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die ihren Aufgaben angemessen sind.

Meine Damen und Herren, all das zeigt: Die finanzielle Lage der Kommunen ist am wenigsten eine lokale Frage. Sie ist Teil einer größeren strukturellen Herausforderung im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Dennoch liegt es in unserer Verantwortung, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln verantwortungsvoll umzugehen, Prioritäten zu setzen und unsere Stadt nachhaltig zu gestalten.

Dabei wissen wir alle: Ohne empfindliche Einsparungen wird es in den nächsten Jahren nicht gehen. Das jedoch berührt unmittelbar das Lebensgefühl der Menschen in unserer Stadt. Wenn wir freiwillige Leistungen kürzen und gleichzeitig gewohnte Standards zurückfahren, dann wird das in weiten Teilen der Bevölkerung nicht als notwendige Prioritätensetzung verstanden. Es wird als Rückzug des Staates wahrgenommen. Als ein Zeichen dafür, dass das Versprechen, für alle da zu sein, nicht mehr eingelöst wird.

Viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich dann ganz konkret die Frage: „Wenn selbst die Dinge verschwinden, die unser Zusammenleben ausmachen, wer kümmert sich dann noch um uns?“ Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit seiner Institutionen.

Genau dieses Vertrauen steht jedoch auf dem Spiel. Denn wo Angebote wegbrechen, wo Straßen, Grünflächen oder soziale Infrastruktur nicht mehr den gewohnten Standard erreichen, entsteht schnell der Eindruck von Kontrollverlust. Und dieser Eindruck ist gefährlich.

Wir erleben bereits heute, dass sich daraus ein schleichender Vertrauensverlust entwickelt. Menschen wenden sich ab, zweifeln an der Leistungsfähigkeit von Politik und Verwaltung und suchen nach einfachen Antworten auf komplexe Probleme. In Gesprächen vor Ort hören wir Sätze wie: „Für alles ist Geld da, nur nicht für uns.“ Diese Wahrnehmung – unabhängig davon, ob sie im Einzelfall zutrifft – entfaltet eine enorme politische Sprengkraft. Sie nährt das Gefühl, nicht gesehen und nicht gehört zu werden.

Die Konsequenz ist mehr als nur Unzufriedenheit. Es ist die Erosion des Glaubens an die Demokratie selbst. Wenn die Stadt im Alltag nicht mehr als verlässlich erlebt wird, verliert auch das demokratische System an Legitimation. Und genau in diese Lücke stoßen extremistische Kräfte. Sie bieten vermeintlich einfache Lösungen an, schüren Misstrauen und profitieren von jeder Enttäuschung, die Bürgerinnen und Bürger gegenüber den etablierten Institutionen empfinden.

Studien und Wahlanalysen zeigen doch immer wieder: Dort, wo Menschen staatliches Handeln als unzureichend wahrnehmen, steigen die Zustimmungswerte für populistische und extremistische Parteien deutlich.

Deshalb ist Haushaltskonsolidierung niemals nur eine technische Aufgabe. Sie ist immer auch eine gesellschaftspolitische Gratwanderung. Jede Kürzung sendet ein Signal. Unsere Aufgabe ist es, trotz aller finanziellen Zwänge dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin spüren: Diese Stadt, Ahlen, lässt euch nicht allein.

Denn am Ende entscheidet sich die Stärke unserer Demokratie nicht im Hickhack von Rat und Ausschüssen, sondern im Alltag der Menschen vor Ort.

Und lassen Sie mich eines ergänzen: Haushaltskonsolidierung ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wer von uns hat vor zehn Jahren geahnt, welche Herausforderungen vor uns stehen. Stichworte: Pandemie und Krieg in Europa. Meine Damen und Herren, Schulden zahlen unsere Kinder. Und wir haben die moralische Pflicht Ihnen ein Gemeinwesen zu hinterlassen, in dem sie noch die finanziellen Spielräume haben auf die Herausforderungen in der Zukunft zu reagieren.

Der Haushaltsentwurf, den wir ab heute beraten, ist daher auch ein Ausdruck politischer Verantwortung für unsere Stadt, für unsere Bürgerinnen und Bürger und für kommende Generationen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den politischen Akteuren danken, die in der Haushaltssicherungskommission unter Moderation von Dr. Strothmann mit großer Sorgfalt, Disziplin und im Geiste gemeinsamer Verantwortung arbeiten. Das ist keineswegs selbstverständlich. Gerade in finanziell angespannten Zeiten zeigt sich, ob es gelingt, parteipolitische Unterschiede zurückzustellen und das Wohl unserer Stadt in den Mittelpunkt zu rücken. Genau das geschieht dort.

Diesen Geist wünsche ich mir auch für die anstehenden Beratungen in den Gremien und im Rat. Denn die Grundlinien, auf die wir uns in der Kommission verständigt haben, finden sich in diesem Haushaltsentwurf wieder.

Sie sind das Ergebnis intensiver, konzentrierter und – das ist mir besonders wichtig – *respektvoller* Diskussionen.

Die Einschätzung von WN-Redaktionsleiter Peter Harke in meinem 100-Tage-Interview habe ich deshalb ausdrücklich als Kompliment auch an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verstanden. Er sagte: „Aus der Haushaltskommission ist bisher fast nichts nach außen gedrungen – durchaus erstaunlich. Das kann man zunächst mal positiv so interpretieren, dass konzentriert und ergebnisorientiert gearbeitet wird...“

Genau das ist der Fall. Die Arbeit verläuft sehr diszipliniert. Wir können offen über alle Themen sprechen, unterschiedliche Positionen werden gehört und akzeptiert. Es gibt kein Bashing, keine öffentlichen Scharmützel, sondern den ernsthaften Versuch, tragfähige Lösungen zu entwickeln. Am Ende sprechen wir Empfehlungen aus, wohlwissend, dass die Entscheidungen selbstverständlich im Rat getroffen werden müssen. Dort gehört die abschließende politische Bewertung hin.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Geist in den kommenden Wochen auch in öffentlicher Auseinandersetzung beibehalten. Das ist meine ausdrückliche Bitte. Denn wir stehen vor schwierigen Entscheidungen, die nur gemeinsam verantwortungsvoll getragen werden können.

Gerne erneuere ich den Vorschlag, den unsere Erste Beigeordnete Stephanie Kosbab bei der letzten Haushaltseinbringung formulierte:

Willigen Sie ein in einen „Pakt für Ahlen“, der die althergebrachten Rituale mal aussetzt und in schwerer Zeit die Chance zu etwas wirklich Gutem entstehen lässt. Gerne wollen wir verhandeln, auch hart verhandeln. Aber bitte immer mit Augenmaß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mir ist sehr bewusst: Am Ende der Beratungen erwartet die Öffentlichkeit zu Recht Ergebnisse. Transparenz und Klarheit sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Ich habe in meiner Antrittsrede gesagt: „Unseren Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken, wird keine freudige Sache sein, sie ist aber alternativlos.“ Dazu stehe ich. Die Frage ist nicht, ob wir diesen „reinen Wein“ einschenken, sondern wann und wie.

Es wird Einschnitte geben müssen, die spürbar sein werden – für die Stadtgesellschaft, aber auch für die Verwaltung selbst. Und ich sage ebenso klar: Die Verwaltung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können Einsparungen nicht nur von außen erwarten, wir müssen auch bei uns selbst ansetzen.

Um die notwendige Klarheit zu schaffen, hatte ich vorgestern alle Führungskräfte bis hinunter auf die Gruppenleiterebene in den Ratssaal eingeladen. Gemeinsam mit Dirk Schlebes und Dr. Strothmann habe ich den Kolleginnen und Kollegen die Lage umfassend dargestellt. Das fand nicht nur Applaus, aber weitgehend Verständnis durch die Einsicht in das Unabwendbare.

Meinen Dank möchte ich an die Fachbereiche richten, dass sie sehr umsichtig und mit ausgeprägtem Problembewusstsein die Entwurfsaufstellung begleitet haben. Gegenüber dem Erstentwurf gelang es in gemeinsamer und schonungsloser Anstrengung, acht Millionen Euro als nicht prioritäre Ausgaben zu identifizieren und einzusparen.

Weil ich beim städtischen Personal bin: Aufgabenverdichtung wird auch in den künftigen Haushaltsjahren im Stadthaus, bei den Umweltbetrieben und in allen anderen städtischen Dienststellen dazugehören. Auch im Bereich Personalentwicklung und Stellenbedarfsanalyse haben die Fachbereiche meine Bitte verstanden und erhebliche Abstriche vorgenommen. Gegenüber dem angemeldeten Bedarf ist der Stellenplanentwurf um zwölf Stellen reduziert.

Zweieinhalb Stellen sind komplett aus dem Stellenplan gestrichen. Das ist ein wichtiges Zeichen, ein ehrliches Zeichen, dass die Verwaltung die Zeichen der Zeit verstanden hat und ihr mit allen Konsequenzen Rechnung trägt. Ich verstehe das als Chef dieser Stadtverwaltung nicht als Selbstzweck, sondern als ein notwendiges Signal: Wir verlangen nichts, was wir nicht auch selbst leisten.

Für den 14. April sind Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, zusammen mit allen Interessierten aus der Bürgerschaft eingeladen, sich in einer öffentlichen Ratsinformationsveranstaltung mit der Bestandsaufnahme unserer kommunalen Finanzen auseinanderzusetzen, offen, ehrlich und ohne Beschönigung.

Meine Damen und Herren,

die bisherigen Ausführungen sollten Ihnen nochmals vergegenwärtigen, in welchen nicht hausgemachten Zwängen sich unser Haushalt befindet. Unsere eigenen Anstrengungen zur Konsolidierung müssen letztlich ergebnislos bleiben, wenn sich die Rahmenbedingungen, unter denen wir die kommunale Selbstverwaltung gestalten wollen, nicht ändern.

Der Ruin der Städte und Gemeinden lässt sich nur verhindern, wenn diese Rahmenbedingungen für die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung deutlich verbessert werden. Wir selbst stehen dabei an vorderster Front, unsere Stadt leistungsfähig und ihre Lebensqualität zu erhalten.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 zeigen sich sowohl für das Jahr 2026 als auch für die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2027 bis 2029 erhebliche negative Jahresergebnisse. Ordentlichen Erträgen in Höhe von 186.988.466 Euro stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 215.475.419 Euro jeweils einschließlich Zinspositionen entgegen.

Der Gesamtergebnisplan weist für 2026 unter Berücksichtigung von Finanzerträgen, Zinsen und Finanzaufwendungen einen Fehlbetrag von rund 28.567.000 Euro aus. Die ordentlichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 333.400 Euro höher angesetzt. Die ordentlichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3.581.000 3.581.000 Euro niedriger geplant. Ein globaler Minderaufwand wurde für den Haushalt 2026 nicht vorgesehen.

Die Planungen erfolgten sehr differenziert, so dass ich aktuell realistisch von keinen weiteren Einspareffekten ausgehe. Im Gegenteil: Wir wollen einen möglichst ehrlichen Haushalt vorlegen und reinen Wein einschenken. Deswegen weise ich schon heute darauf hin, dass wir über die Veränderungsliste weitere Ausgabensteigerungen vorschlagen werden. Diese betreffen unter anderem das Feld der Jugendhilfe. Mit der späten Haushaltseinbringung können wir realistischer planen und dabei Entwicklungen seit den internen Planungen schon im Herbst der vergangenen Jahres berücksichtigen.

Auch wenn sich die kreisangehörigen Kommunen über einen niedrigeren Hebesatz als ursprünglich vom Kreis ausgegeben freuen, stellt er dennoch eine Erhöhung zum letztjährigen Hebesatz dar und bedeutet daher eine weitere Ergebnisbelastung des städtischen Haushalts um rund 6,3 Millionen Euro. Lassen Sie es sich auf der Zunge zergehen: Der Haushaltsansatz für die Kreisumlage beträgt 41.285.311 Euro.

Im Jahr 2025 lag der Hebesatz der Kreisumlage noch bei 33,0 Prozent. Für das Jahr 2026 hatte der Kreis im Eckdatenpapier zunächst eine deutliche Anhebung auf 37,7 Prozent vorgesehen. Im Rahmen der Benehmensherstellung ist es jedoch in einem fairen und konstruktiven Dialog gelungen, spürbare Entlastungen zu erreichen und vorhandene Einsparpotenziale zu nutzen. Im Ergebnis konnte so eine Einigung erzielt werden: Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage für 2026 beträgt nun 36,3 Prozent.

Ich möchte jedoch angesichts dieser Zahlen sehr bewusst den Eindruck vermeiden, uns seien die Hände vollständig gebunden. Wir investieren gezielt und verantwortungsvoll, wir fördern Engagement. Und wir arbeiten daran, die Lebensqualität in unserer Stadt zu sichern. Denn eines darf bei aller Konsolidierung nicht verloren gehen: die Perspektive. Dieser Haushalt verfolgt strategische Ziel, zu deren Umsetzung ich um Ihre Unterstützung bitte:

Unser erstes Ziel ist die Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Ganz konkret treiben wir den flächendeckenden Glasfaserausbau voran – sowohl in Wohngebieten als auch in unseren Gewerbegebieten. In Dolberg und Vorhelm sehen wir bereits erste Ergebnisse durch den eigenwirtschaftlichen Ausbau. Parallel sorgen wir dafür, dass Unternehmen künftig besser mit klimafreundlicher Energie versorgt werden können.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Verkehrsinfrastruktur. Allein im Jahr 2026 investieren wir über 25 Millionen Euro. Große Projekte wie die Osttangente als Ortsumgehung, der Ausbau der Hohlen Eiche, der Neubau von Brücken – etwa an der Robert-Koch-Straße – zeigen: Wir verbessern konkret die Mobilität und entlasten gleichzeitig unsere Innenstadt.

Im Bereich Bildung und Betreuung setzen wir klare Prioritäten. Wir erfüllen den Rechtsanspruch auf Betreuung im offenen Ganzttag nicht nur. In Ahlen wird kein Zweit-, Dritt- oder Viertklässler seinen Platz zu Gunsten eines anspruchsberechtigten Erstklässlers verlieren. Wir haben den Platzausbau konsequent vorangetrieben. Wir stellen außerdem Qualität sicher:

Gemeinsam haben wir in der letzten Sitzungsrunde beschlossen, den freiwilligen Anteil der Kommune im kommenden Schuljahr stabil zu halten. Ein starkes Signal: Ein guter offener Ganzttag für unsere Kinder, der nicht nur einen Betreuungs-, sondern einen Bildungsanspruch hat. Das ist eine unserer gemeinsamen Prioritäten. Gleiches gilt für die Schulsozialarbeit, die wir selbstverständlich weiter als einen wichtigen Baustein der Ahlener Schullandschaft sehen.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt im Fokus. Im Bereich Kultur, Freizeit und Ehrenamt stellen wir über eine Million Euro für ehrenamtliches Engagement bereit.

Das Engagement erstreckt sich von ehrenamtlichen Schöffen und Richtern, über ehrenamtliche Tätigkeiten der freiwilligen Feuerwehr, ehrenamtliche Integrationshelfer, ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit, ehrenamtliche Vereinsarbeit im Kinder- und Jugendsport, ehrenamtliche Denkmalpflege bis hin zur ehrenamtlichen politischen Tätigkeit.

Auch Einzelprojekte werden über den Fördertopf „Bürgerschaftliches Engagement“ mit insgesamt 60.000 Euro pro Jahr in Ahlen, Dolberg und Vorhelm unterstützt. Zusätzlich planen wir 33 kulturelle Veranstaltungen im Jahr 2026 und fördern gezielt Projekte, die Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur erleichtern.

Für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger entwickeln wir zudem unsere Grün- und Erholungsflächen weiter. Ein Beispiel ist die Umgestaltung des Dr.-Paul-Rosenbaum-Platzes, der künftig deutlich grüner und attraktiver gestaltet wird. Ich lade Sie schon jetzt ein zur Eröffnung am 18. April.

Und schließlich bleibt der Klimaschutz ein zentrales Handlungsfeld. Unser Ziel der Klimaneutralität – unterlegen wir mit konkreten Maßnahmen: Wir haben ein Solarkataster und ein Gründachkataster erstellt, stärken den Fuß- und Radverkehr, haben eine zusätzliche Citybus-Linie eingeführt und arbeiten gemeinsam mit den Stadtwerken an der kommunalen Wärmeplanung und der Dekarbonisierung unseres Energienetzes.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt zeigt: Wir setzen uns auch an herausfordernder Zeit Ziele – wir handeln. Mit konkreten Projekten, klaren Prioritäten und dem festen Willen, Ahen nachhaltig und zukunftsicher zu gestalten. Vor allem die Ehrenamtsförderung liegt mir am Herzen, so dass ich mir gerne die Haltung von Altbundespräsident Joachim Gauck zu eigen mache. Zitat: „Eine Demokratie braucht den selbstbewussten und verantwortungsbereiten Bürger, der den Raum, der ihm zur Gestaltung übereignet ist, auch gestalten will und zu gestalten weiß. Der Staat, die Demokratie sind WIR.“ Zitat Ende.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

bevor im Anschluss Kämmerer Dirk Schlebes, dem ich für die Federführung bei der Aufstellung des Entwurfs danke, Sie über weitere Zahlen und Zusammenhänge aufklärt, möchte ich ein sehr persönliches Wort an Sie richten:

Ich möchte nicht als der Bürgermeister in Erinnerung bleiben, von dem es später nur heißen wird, dass in seiner Amtszeit Leistungen gekürzt, Angebote gestrichen und Abgaben erhöht worden sind.

Das wäre ein ziemlich pessimistischer Ausblick zu Beginn meiner Amtszeit. Ich lade Sie stattdessen ein, dass wir, Rat und Verwaltung gemeinsam, eine andere Richtung wählen. Lassen Sie uns mutig Prioritäten setzen und Gestaltungsspielräume nutzen. Als Mitglied der CDU sehe ich mich hier in Tradition von Helmut Kohl. Auf die Frage, was die Politik seiner Partei im Kern ausmacht, antwortete er stets: „Optimismus und Zuversicht.“

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind groß. Aber ich habe den Optimismus und die Zuversicht, dass wir in diesen bestehen werden. Weil unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Institutionen stark sind. Weil „wir in Ahlen“ zusammenstehen und miteinander auch die aktuellen Krisen meistern werden.

Dabei ist eines klar: Die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft ist nicht unbegrenzt. Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmend unsicheren weltwirtschaftlichen Lage – deren weitere Entwicklung heute niemand verlässlich abschätzen kann – müssen wir besonders sorgfältig abwägen, welche zusätzlichen Belastungen wir verantworten können.

Sollte sich am Ende eine Mehrheit dafür entscheiden, den Weg steigender Abgaben zu gehen, so werde ich diese Entscheidung selbstverständlich respektieren. Gleichwohl möchte ich deutlich sagen: Ich halte diesen Weg zum jetzigen Zeitpunkt für nicht richtig.

Auch bei der möglichen Einschränkung freiwilliger Leistungen bitte ich um Augenmaß und kreative Vorschläge.

Bewährte und über Jahrzehnte zum Wohle einer Stadt gewachsene Strukturen vor Ort zu zerschlagen, anstatt das verfassungsmäßige Finanzsystem strukturell zu reformieren und auf eine neue Grundlage zu stellen, kann nicht die Lösung unserer Probleme sein. Weder in Ahlen, noch sonst wo in unserem Land.

Bitte werben Sie für eine dauerhaft auskömmliche Gemeindefinanzierung auch in Ihren Parteien auf Bundes- und Landesebene. Ich jedenfalls werde es bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun.

Zum Abschluss mein Dank an unser fleißiges Finanzteam, das bis zum Schluss an diesem Entwurf teilweise auch am Wochenende hart gearbeitet hat.

Der Entwurf zum Haushalt 2026 ist nun freigegeben zur Beratung. Laden Sie mich, die Erste Beigeordnete Stephanie Kosbab, Stadtbaurat Thomas Köpp oder auch unseren Kämmerer gerne ein, wir werden Sie auf Wunsch bei Ihrer Meinungsbildung unterstützen.

Ich danke Ihnen.